Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

113. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.75, für Abholer monatlich M. 2.50, durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 2.50, vierteljährlich M. 7.50, durch die Post innerhalb Deutschland Gesamt-Ausgabe monatlich M. 3.01, vierteljährlich M. 9.00, Morgen-Ausgabe M. 2.10, Abend-Ausgabe M. 1.90, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich ausschließlich Postbestellgebühr.
Einzelnummer: Morgen-Ausgabe 10 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 45 Pf., a. amtl. 60 Pf. Anzeigen v. Behörden im amtl. Teil die Kolonelzeile 100 Pf., a. ausw. 125 Pf.; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 35 Pf., auswärts 40 Pf. Teuerungszuschlag: 50%; Papiernotzuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 50%, über 300 Zeilen: 50%. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend exkl. Postgebühr. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7508. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 244 — Donnerstag, den 29. Mai — 1919

Die Ueberreichung der deutschen Denkschrift

Brockdorff-Rantzau übergibt den ersten Teil der Gegenvorschläge

Versailles, 28. Mai. (Drahtbericht.) Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau hat heute namens der deutschen Friedensdelegation dem Ministerpräsidenten Clemenceau den ersten Teil der ausführlichen deutschen Denkschrift zu dem von den Gegnern überreichten Friedensvertragsentwurf mit einer kurzen Begleitnote übermittelt. Der Rest der Denkschrift wird Donnerstag vormittag übergeben, zusammen mit einer die Grundgedanken und Vorschläge der Denkschrift erläuternden Mantelnote.

Ankunft von Kurieren in Versailles.

Versailles, 28. Mai. (Havas.) Graf Brockdorff-Rantzau besprach sich während des Morgens mit den Bevollmächtigten über die Lage. Er empfing die Präsidenten der Finanzkommission, der Kommission für Rohstoffe und der Kommission für die Frage der Verantwortlichkeit und ließ sich die Beschlüsse dieser Kommissionen überreichen. Im Laufe des gestrigen Morgens kamen verschiedene Kuriere an, insbesondere der Neffe des Grafen Brockdorff. Die deutsche Druckerei war die ganze Nacht beschäftigt. Die Arbeit stellt eine Broschüre von 120 Seiten dar.

Aufnahme in den Völkerbund — Vorbedingung für die Unterzeichnung

Berlin, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Versailles wird Graf Brockdorff-Rantzau in den nächsten Tagen eine neue Note Deutschlands überreichen, die die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund als Voraussetzung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages begründen soll.

Sitzungen des Staatenausschusses und des Reichskabinetts

Berlin, 28. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Heute mittag 12 Uhr fand eine Sitzung des Staatenausschusses statt, die sich mit der allgemeinen Lage, insbesondere mit den deutschen Gegenvorschlägen, beschäftigte. An der Beratung nahm auch der bayerische Ministerpräsident Hoffmann teil. Die führenden Minister der süddeutschen Bundesstaaten dürften voraussichtlich auch an der heute nachmittag 6 Uhr stattfindenden Sitzung des Reichskabinetts teilnehmen.

Die Heimreise deutscher Friedensdelegierter

Versailles, 28. Mai. (Drahtbericht.) Heute nachmittag sind dreißig Mitglieder der deutschen Friedensdelegation, in der Hauptsache Sachverständige, im Sonderzuge nach Deutschland zurückgekehrt, da ihre Aufgabe, nämlich die Ausarbeitung und Vorbereitung der großen Denkschrift, erledigt ist. Mit dem heutigen Abendzuge werden noch einige weitere Mitglieder der Delegation in die Heimat zurückreisen.

Die Reichsregierung warnt die rheinischen Hochverräter

Berlin, 28. Mai. (Drahtbericht.) Die Reichsregierung erläßt folgende Warnung: **Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik auszurufen. Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preußischen Staates. Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Losreißung der Provinz Rheinland vom preußischen Staatsgebiet zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach Paragraph 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft wird. Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an hochverräterischen Umtrieben Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.**

Ein Staatskommissar für die Rheinlande?

Berlin, 28. Mai. (Drahtbericht.) Das Kabinett befaßte sich gestern abend mit den Vorkommnissen in Mainz, Koblenz und Köln. Dabei wurde die Ernennung eines Staatskommissars ventiliert, da diese Einrichtung sich in Schleswig und Oberschlesien bewährt hat.

(Weitere Meldungen Seite 2)

Die Gefahr am Rhein

G. M. Zur selben Zeit, da zwischen Deutschland und der Entente Note und Gegennote gewechselt werden, um eine Grundlage für einen Frieden zu finden; da sich den Alliierten die Gelegenheit bietet, ihre viel gerühmte Aufrichtigkeit und ihr absolutes Rechtsempfinden in die Tat umzusetzen; zur selben Zeit auch, da Paris trotz aller Gegenbeweise, die es nicht sehen will, immer noch von einer Hinterhältigkeit der deutschen Regierung spricht, werden Treibereien links und rechts des Rheins offenbar, die zum mindesten die französische Politik mit dem Vorwurf gemeingefährlicher Unehrlichkeit belasten. Denn es ist durch die Ereignisse der letzten Tage und Wochen unzweifelhaft erwiesen, daß die Franzosen heimlich Bestrebungen angeregt und gepflegt, teils auch offen unterstützt haben, rein deutsche Gebiete vom Reiche loszureißen, die im Friedensentwurf des Viererrats überhaupt nicht erwähnt werden, deren unbestreitbare Zugehörigkeit zu Deutschland somit anerkannt wird. Nach allen Meldungen aus dem deutschen Westen tritt eine französische Politik klar zutage, die — über das reichliche Maß dessen hinaus, was Frankreich im Ententeentwurf schon zugestanden ist — in unbezähmbarem Drang nach Vernichtung deutschen Wesens und deutscher Güter und in annexionistischer wie wirtschaftlicher Unersättlichkeit — auf verstohlenen Wegen der List und verhüllter Gewalt neue Beute zu machen sucht, wobei sie als Vordermänner und Träger ihrer Absichten mißleitete und charakterlose Deutsche in den fraglichen Gebieten selbst benutzt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, hier ist er vorhanden, daß zum mindesten von seiten Frankreichs an einen von großen Menschheitsideen getragenen Völkerbund nicht gedacht wird und daß, da auch für den vorsichtigen Beurteiler letzte Zweifel an der Unaufrichtigkeit, wenigstens eines Teils der Pariser Völkerbundsautoren, gegenüber dem völkerverbindenden Menschheitsgedanken fallen müssen, die Hoffnungen auf überstaatliche Verständigung gering im Kurse stehen. Ausblicke, die trotz aller deutschen Bemühungen um einen zur Not noch erträglichen Ausgleich auch für den Friedensschluß dunkel verschleiert bleiben.

Es ist kein Zweifel, daß die neuen Umtriebe im Westen mit der Veröffentlichung des Versailler Friedensentwurfes einsetzen und sich im Verlaufe des Notenwechsels sowohl im Tempo als auch in der Intensität steigern. Im Rheinland war zwar schon zur Zeit der ersten Revolutionswehen, da die staatliche Neuordnung Deutschlands die Gemüter bewegte, von der Bildung einer rheinisch-westfälischen Republik die Rede, indessen schien diese Bewegung bald wieder abzuflauen. Jetzt aber gibt der Schlag, der in der Pfalz gegen die deutsche Einheit geführt wurde, das Zeichen für gewisse Kreise in Mainz, Köln und Aachen, künstlich genährte, aber bisher verborgen gehaltene Bestrebungen aufzudecken. Wenn schon hie und da unbestimmte Gerüchte aus dem Westen kamen, so kommt dieses unverhüllte Auflodern dem deutschen Volke doch etwas überraschend. Denn gleich seiner Regierung hatte es, durch die Sorgen im Innern und um den Frieden ganz in Anspruch genommen, den Brüdern im besetzten Gebiete geringere Aufmerksamkeit geschenkt, als es seinem Zusammengehörigkeitsgefühl eigentlich entsprochen hätte. Nunmehr sehen wir deutlich, wie die Franzosen an drei Stellen den Hebel an dem deutschen Rumpfstaat ansetzen. Die Leute aber, die, jedes deutschen Heimatgefühles bar, den französischen Plänen Vorschub leisten, sind in allen drei Gebieten von gleicher Art: Leute, die keine andere Moral als ihren wirtschaftlichen Vorteil kennen, politische Abenteurer, von Ehrgeiz Erfüllte, die ihre Zeit für gekommen halten, und Kreise, die sich, abgestoßen von der Kulturanschauung unserer sozialistischen Machthaber, auf eine Bahn drängen lassen, deren Endziel sie heute nicht im geringsten zu erkennen vermögen.

Der Landauer Putsch zeigt, daß es in der Pfalz um die Proklamation eines Pufferstaates geht. Zum Glück ist der Anschlag noch nicht gelungen, endete vielmehr fürs erste mit einer Sensation, die sicher den französischen Drahtziehern nicht angenehm sein kann; nämlich: daß die französische Militärbehörde durch die Verhaftung der Landesverräter gezwungen war, wollte sie ihre Akteure nicht einbüßen, sich zu demaskieren. Das geschah durch den Eingriff in die behördlichen Maßnahmen der Pfälzer Regierung, durch die Befreiung der Landauer Verräter und die Maßregelung des Regierungspräsidenten und anderer Beamten. Es war klar, daß die deutsche Reichsregierung mit einem Protest eingreifen mußte. Die politischen Machenschaften der französischen Militärs in der Pfalz stehen außer Zweifel, Dienstanweisungen und Erklärungen an die deutschen Führer der Bewegung sind Beweis genug. Die Pfälzer Presse wurde von der militärischen Zensur aufs schändlichste geknebelt, und die öffentliche Meinung suchte man durch Versammlungsverbote zu fälschen. Eine Frage, die aber schon keine mehr war, konnte, an formellen Gründen gemessen, noch aufrechterhalten bleiben: Deckt die französische Regierung in Paris das Treiben ihrer Generalität in der Pfalz? Um eine Antwort zu erzwingen und klar zu sehen, forderte Erzberger am 25. Mai die Abberufung des Generals Gerard. Paris beeilt sich nicht mit der Antwort. Mag sie aber auch wie immer ausfallen, eine Täuschung ist nicht mehr möglich. Nachdem sich eine Annexion der Pfalz durch Frankreich im Viererrat nicht hatte durchsetzen lassen, und sich auch die feinen Fäden einer sogenannten strategischen Linie Pirmasens—Landau nicht als stark genug erwiesen hatten, versucht man es jetzt mit der Errichtung eines neutralen Pufferstaates, der zudem den Vorzug hätte, das umstrittene Saargebiet derart einzukreisen, daß die künftige Volksabstimmung den Pariser Machern nicht mehr zweifelhaft erschiene. Der Putsch sollte die Friedensversammlung vor vollendete Tatsachen stellen. Uns bleibt keine andere Abwehr, als der Hinweis auf unser Recht und das Vertrauen auf die Reichstreue der Pfälzer. Zum Glück bleibt die Stimmung des Landauer Aufrufes vereinzelt. Wer möchte sich auch zu denen bekennen, die sagen: „Gewiß, Deutschland ist unser Vaterland! Unser engeres Vaterland ist aber die Pfalz! Das Hemd liegt uns näher als der Rock. Wir werden **Deutschland nicht retten, wenn wir ihm zuliebe auch Selbstmord**

Clemenceaus Note an Renner

Saint Germain, 27. Mai. (Drahtbericht.) Das heute dem Staatskanzler Dr. Renner als Präsidenten der deutsch-österreichischen Friedensdelegation überreichte Schreiben Clemenceaus hat folgenden Wortlaut:

Paris, 27. Mai.

Herr Präsident! Ich beehre mich, Ihnen den Empfang des Schreibens vom 24. Mai zu bestätigen, worin Sie die Eröffnung von Friedensverhandlungen mit Oesterreich in möglichst kurzer Frist verlangten. Der Rat der Hauptmächte der Verbündeten und Assoziierten wünscht Ihnen als Antwort die Mitteilung zur Kenntnis zu bringen, daß der Entwurf des Friedensvertrages am 30. Mai mittags in Saint Germain-en-Laye zur Ueberreichung an die österreichische Delegation fertiggestellt sein wird. Jedoch werden die folgenden Fragen der späteren Prüfung vorbehalten bleiben müssen:

1. Die Stärke der militärischen Kräfte, die zukünftig in Oesterreich zu unterhalten sein werden.
2. Die Frage der Schadengutmachung und Schulden.

Diese zwei Fragen haben besonderen Charakter infolge des Zerfalles des österreichischen Reiches in mehrere Teile. Dieser Zerfall macht die Prüfung dieser Fragen unter dem Gesichtspunkte ihrer Rückwirkung auf die Interessen und die Haltung dieser verschiedenen Teile notwendig. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner besonderen Hochachtung!

Clemenceau.

* * *

Amsterdam, 28. Mai. (Drahtber.) Nach einer Meldung aus Paris protestiert Italien gegen den Vorschlag des Rates der Drei, wonach der österreichische Schiffsraum in den Häfen von Triest, Pola und Fiume beschlagnahmt und unter den Alliierten verteilt wird. Orlando strebt danach, die in diesen Häfen liegenden Schiffe für Italien zu behalten.

Der Vorfriedensvertrag für Oesterreich

Gleiche Behandlung wie Deutschland

Versailles, 28. Mai. (Drahtbericht.) Der Pariser „New York Herald" meldet über den Friedenspräliminarvertrag mit Oesterreich: Man glaubt, daß Oesterreich eine Klausel wird annehmen müssen, in der die zukünftige Grenze zwischen Italien und Südslawien im voraus anerkannt wird. Die Oesterreicher werden eine Woche Zeit zur Prüfung des Vertrages erhalten, welche etwa 80 000 Worte umfaßt. Die Oesterreicher werden ihre Bemerkungen genau wie die Deutschen schriftlich vorbringen müssen. Das „Journal" erfährt noch, daß die Klauseln betr. die Gesellschaft der Nationen denselben Wortlaut haben wie im Vertrage mit Deutschland. Die österreichische Handelsmarine wird vollständig verschwinden, da Oesterreich keinen Hafen mehr hat. Laut „Petit Parisien" mußte die Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln verschoben werden, weil die neuen Staaten, welche sich auf dem Gebiet des alten Oesterreich-Ungarns gebildet haben, sich weigern, die im Laufe der letzten fünf Jahre von Oesterreich-Ungarn eingegangenen Schulden teilweise zu übernehmen.

Die Finanzschwierigkeiten im Gebiete der Donaumonarchie

Wien, 28. Mai. (Korr.-Bureau.) Laut Pressemeldungen bringt die halbamtliche Tschechische Korrespondenz einen sehr trüben Bericht über den Stand der Finanzfragen zwischen den einzelnen Staaten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie, nach welchem sich eine für Deutschland günstige Stimmung geltend mache. Dagegen müßten die Tschechen auf ihrem Standpunkte verharren, die Uebernahme von Kriegsschulden Oesterreich-Ungarns abzulehnen, die Banknotenfrage als innere Angelegenheit zu betrachten und schließlich Kriegsentschädigung von Deutsch-Oesterreich und Ungarn zu verlangen. Ueberhaupt sei jeder Versuch, das frühere Oesterreich-Ungarn wieder aufzubauen, abzulehnen. Sollte man in Paris die tschechischen Forderungen nicht beachten, so würden die Nachbarstaaten der deutsch-österreichischen und ungarischen Republik gezwungen sein, ihre Folgerungen daraus zu ziehen, und die Entente würde auf diese Weise keinen Frieden, sondern nur neue Kämpfe und Anarchie bewirken.

Vom südslawischen Kriegsschauplatz

Klagenfurt, 28. Mai. (Amtlich.) An der ganzen Front haben sich Kämpfe entwickelt. Oestlich von Gutenstein hat der Feind örtliche Erfolge errungen.

Italien fügt sich der Entente

Amsterdam, 28. Mai. (Drahtbericht.) „Daily Herald" meldet: Als Ergebnis der wichtigen Verhandlungen, die Oberst House führte, könne der Beschluß angesehen werden, daß Italien den Friedensvertrag sowohl mit Deutschland als auch mit Oesterreich unterzeichnen werde, jedoch mit gewissen Vorbehalten bezüglich der Regelung der adriatischen Frage.

Chinas Protest gegen den Ententemilitarismus

Amsterdam, 28. Mai. (Drahtbericht.) „Algemeen Handelsblad" zufolge lautet der Text des Protesttelegramms, das die Vertreter Chinas auf der Friedenskonferenz in der Schantung-Frage an den amerikanischen Kongreß geschickt haben, folgendermaßen:

Der Friedensvertrag läßt alle Rechte, über die Deutschland in der Provinz Schantung verfügt, ohne Einschränkung auf Japan übergehen. Daraus folgt, daß Amerika und die Alliierten den preußischen Geist, den sie in der ganzen Welt vernichten wollen, in China zugunsten Japans bestehen lassen wollen. Wenn an dieser wirklich tragischen Regelung festgehalten werden sollte, so würde dies zweifellos die ernstesten Folgen haben. Es würde entweder der ganze chinesische Besitz an Menschen und wirtschaftlichen Hilfsquellen unter japanische Herrschaft geraten oder China würde davon absehen müssen, Frieden zu schließen und gezwungen sein, zu den Waffen zu greifen.

Veröffentlichung der geheimen Kriegsakten

Berlin, 28. Mai. (Eig. Drahtber.) Wie wir erfahren, ist die Veröffentlichung der deutschen Geheimakten zur Vorgeschichte des Krieges so weit vorbereitet, daß ihr Erscheinen für die erste Juliwoche zu erwarten ist.

Doch eine Aburteilung des Kaisers

Basel, 28. Mai. (Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Die Alliierten haben eine Aenderung des Vorschlages über die strafgerichtliche Aburteilung des Deutschen Kaisers, der deutschen Generale, Admirale und Politiker abgelehnt. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Auf der Strafliste stehen 123 Namen. Die Prozesse sollen innerhalb Jahresfrist nach Friedensunterzeichnung durchgeführt werden.

Versailles, 27. Mai. (Drahtbericht.) Es ist kennzeichnend, daß die französische Regierung die letzte Note Brockdorff-Rantzaus über die Schuldfrage im Wortlaut bisher nicht veröffentlichen ließ, daß dagegen die französische Zensur heute eine tendenziöse Wiedergabe der Note durch alle großen Morgenblätter gestattet. Die Fassung der Note erweckt den Anschein, als ob Deutschland seine alleinige Verantwortlichkeit und Schuld am Kriege zugebe.

SLUB
Wir führen Wissen.